

Ermländische Zeitung.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Vierteljahrpreis: in unserer Expedition Mk. 1,30, hiesigen Abonnenten ins Haus geschickt Mk. 1,70, auf den Reichspostämtern am Schalter Mk. 1,50, durch Postboten ins Haus gebracht Mk. 1,92.

Mit den Beilagen: St. Adalbertsblatt, Illustrierte Beilage und Ratgeber für Landwirtschaft u.

Anzeigen werden bis 9 Uhr vormittags am Tage vor der Ausgabe erbeten. — Preis für die einmalige Beilage oder deren Raum 12 Pfennige. Beilageemplare, falls erwünscht, das Stück 10 Pfennige. Adresse für Telegramme: Ermländische Zeitung, Braunsberg. Telefon Nr. 47.

Hierzu zweites Blatt und St. Adalbertsblatt Nr. 50.

Gegen Venezuela!

Es liegt nunmehr ein deutscher Bericht über die Geschehnisse im Hafen von La Guayra vor. Wolffs Bureau meldet von dort: Zehn deutsche und vier englische Ratter kamen vorgestern (9. Dezember) längs der venezolanischen Küste und forderten dieselben, ohne zu zögern, auf, sich zu ergeben. Die Verbündeten nahmen alsdann die venezolanische Flotte im Namen des deutschen Kaisers und des Königs von England weg. Das Kanonenboot „Panther“ dampfte während dieser Vorgänge in den Hafen hinein und machte klar zum Gefecht. Die venezolanischen Schiffe wurden hierauf außerhalb des Hafens geschleppt, und um 2 Uhr morgens wurde der „General Crespo“, „Totumo“ und die „Margarita“ versenkt. „Aim“ allein entging diesem Geschick, weil der französische Geschäftsträger den Einwand erhob, daß er Besitztum eines Franzosen sei.

Am 10 Uhr abends am 9. d. Mts. landeten 130 deutsche Matrosen und begaben sich nach der Vorstadt Cardonal, woselbst die Wohnung des deutschen Konsuls liegt. Sie geleiteten den Konsul samt seiner Familie zur „Bineta“. Als sie von Cardonal zurückkamen, begegneten sie einem Trupp venezolanischer Soldaten, ohne daß es zu einem Zusammenstoß kam. Um 5 Uhr morgens am 10. d. Mts. landete eine Abteilung von 30 englischen Matrosen und begab sich nach dem britischen Konsulat. Von hier aus geleiteten sie den Konsul Schunk mit Familie nach der „Retribution“. Die in La Guayra ansässigen Deutschen und Engländer wurden verhaftet, außer einigen, die sich in ihren Häusern verbarricadiert hatten. 320 Seeleute der Verbündeten besetzten sie ohne Widerstand. Inzwischen machten die Schiffe klar zum Gefecht. Die Verbündeten fuhren in den Hafen ein und ließen 300 Fuß von dem Zollhaus entfernt.

In Berlin ist ein Privattelegramm aus Caracas eingegangen, welches offenbar die venezolanische Zensur passiert hatte. Darnach befinden sich die verhafteten deutschen wieder auf freiem Fuß.

Wolffs Bureau meldet weiter aus Caracas vom 10. Dezember: Das britische Kriegsschiff „Ducal“ ist gestern nachmittags in La Guayra eingetroffen. Das deutsche Kanonenboot „Panther“ verließ gestern morgens den Hafen in der Richtung auf Carupano. „Falle“ fuhr nach Puerto Cabello, um die Ueberreste der venezolanischen Flotte aufzusuchen. Man glaube, der „Indefatigable“ sei unterwegs nach Guatemala, woselbst sich der venezolanische „Restaurador“ befindet.

Die Mitteilungen des Vertreters der englischen Regierung

im Unterhause bestätigen die vorstehenden deutschen Nachrichten, vor allem die Beschlagnahme von drei venezolanischen Schiffen in La Guayra durch Boote der englischen und deutschen Kriegsschiffe. Ferner ist ein viertes Schiff kampfunfähig gemacht und das venezolanische Kanonenboot „Bolivar“ ebenfalls beschlagnahmt worden. Zwei Prisen, die vom deutschen Kommandore genommen wurden, sind versenkt. Die Freigabe der englischen und deutschen Untertanen ist gefordert, die Forderung aber, soweit der englischen Regierung bekannt, bisher unerfüllt. Außerdem wurde berichtet, daß der englische Konsul in Caracas verhaftet sei, es ist aber nicht bekannt, ob der Bericht der Thatsache entspricht.

Präsident Castro

liegt noch auf seinem hohen Ross. Er erließ einen Aufruf, worin er die Wegnahme der Kriegsschiffe als eine von zwei der mächtigsten Nationen begangene unerhörte, ungerechtfertigte, unedle Handlung bezeichnet und erklärt, das Recht sei auf Seiten Venezuelas. Die Antwort der venezolanischen Regierung an England und Deutschland wurde am Mittwoch durch den amerikanischen Konsul übermittelt. Der Inhalt ist noch unbekannt. Es werden große militärische Vorbereitungen getroffen. In La Guayra sind 2000 Mann unter dem Befehl des Kriegsministers eingetroffen.

Die Haltung der anderen Mächte.

Washington, 11. Dezember. Der amerikanische Gesandte in Caracas, der den Schutz der deutschen und englischen Interessen übernimmt, hat dem Staatsdepartement berichtet, daß gestern eine Anzahl Deutsche und Engländer verhaftet worden seien. Er habe sich unverzüglich an Castro gewendet, um die Freilassung der Verhafteten zu erreichen und habe Castro darauf hingewiesen, daß er, der Gesandte, mit dem Schutze der deutschen und englischen Untertanen betraut sei. Castro habe zuerst seine Berechtigung hierzu nicht anerkennen wollen, er habe ihn dann aber davon überzeugt, daß er, der Gesandte, im Rechte sei. Mit Widerstreben habe Castro dann seine Zustimmung zur Freilassung einer Anzahl der Verhafteten gegeben; der Ge-

sandte werde sein Möglichstes thun, auch die Freilassung der anderen zu erreichen. Der Gesandte wünscht als Friedensvermittler zu dienen, das Staatsdepartement hat aber heute beschlossen, daß er eine solche Rolle nur auf Ansuchen Venezuelas und unter der Voraussetzung übernehmen solle, daß der deutsche und der englische Gesandte zustimmen.

Paris, 11. Dezember. In hiesigen politischen Kreisen ist man überzeugt, daß über das Vorgehen Englands und Deutschlands gegen Venezuela ebenso wie in den Frankreich betreffenden Fragen und Interessen zwischen den Beteiligten volle Klarheit herrsche und daß die Hoffnung Venezuelas, an Frankreich möglicher Weise noch einen Rückhalt finden zu können, völlig aussichtslos sei.

Deutsches Reich.

Dresden, 11. Dezember. König Georg ist unter leichten Fiebererscheinungen an Bronchialkatarrh erkrankt und ist genötigt, seit gestern das Bett zu hüten.

Die Zollvorlage wird aller Wahrscheinlichkeit nach am Sonnabend angenommen werden, nachdem am Donnerstag die zweite Lesung beendet und die Vorlage mit 184 gegen 136 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen worden ist. Für die dritte Lesung liegt ein Antrag vor, der die Mindestzollsätze entsprechend dem Kompromiß abändert. Da die Beratung über sämtliche Paragraphen des Gesetzes voraussichtlich zusammengefaßt werden wird und man weiteren Widerstand der Linken kaum mehr zu erwarten hat, rechnet man darauf, daß die Beratung in einem Tage zu Ende gehen wird. Immerhin ist es gut, nicht nach dem Beispiel der Linken zu früh sich in Siegesbewußtsein zu wiegen. Kamentlich wird es notwendig sein, daß die Mehrheit für ein beschlußfähiges Haus sorgt. Zu verhindern ist freilich das Zustandekommen der Vorlage auf keinen Fall mehr, und man muß sagen, daß das Verdienst dafür der Linken gebührt. Als am 14. Oktober der Reichstag wieder zusammentrat, hätte kein Mensch geglaubt, daß der Zolltarif bis Weihnachten überhaupt nicht, daß er zustande kommen werde. Wäre man in die Beratung des Tarifs eingetreten, so wäre diese bei der Uneinigkeit der Mehrheit und dem Widerstande der Regierung gegen die Wünsche der Mehrheit wahrscheinlich völlig verjumpt. Die Linke hätte es durchaus nicht nötig gehabt, in auffälliger Weise Obstruktion zu treiben, sondern hätte nur eine gewöhnliche Beratung vornehmen müssen. In ihrem Uebermut beging sie aber die unglaubliche Thorheit, anzukündigen, daß sie die Durchberatung nicht zugeben, sondern Obstruktion bis zum Äußersten treiben werde, und in der plumpesten Weise machte sie auch gleich am ersten Tage mit Dauerreden, Anträgen auf namentliche Abstimmung usw. den Anfang mit ihrer Obstruktion. Ihre Großsprecheri und der offene Hohn, mit denen sie in ihrem Selbstbewußtsein die Mehrheit behandelt, hat diese dann rasch geeinigt und zu einer Verhängung mit der Regierung bereit gemacht. Sie und nimmer wäre es ohne die Linke so rasch zur Verständigung und zu der entschiedenen Abwehr der Verwaltungsveruche der Linken gekommen, wenn diese die Mehrheit nicht förmlich dazu gezwungen hätte. Zu Beschönigung ihrer Niederlage mögen die Bebel, Singer und Genossen das leugnen, es ist doch so; ihnen verdankt die Regierung das Zustandekommen der Vorlage in ihrer gegenwärtigen Form.

Das Schulnotationsgesetz wird den Hamb. Nachr. zufolge den preussischen Landtag in seiner Tagung nicht beschließen. Abgesehen von anderen Gründen spricht namentlich die schlechte Finanzlage in Preußen gegen die Einbringung einer Vorlage, zu deren Durchführung viele Millionen fort-dauernder Ausgaben nötig sein werden.

Der ehemalige Ministerialdirektor im Kultusministerium, Wirkliche Geheimer Rat Dr. Richard de la Croix ist gestorben. 1855 wurde er als Hilfsarbeiter in das Kultusministerium berufen, von 1882 bis Ende 1896 leitete er als Direktor anfänglich die zweite, dann die erste Abteilung für das Unterrichtswesen. Am 6. April 1892 erhielt er den Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Excellenz, und gleichzeitig verlieh ihm die Universität Marburg die Würde eines Ehrendoktors beider Rechte. Am 1. Januar 1897 war er in den Ruhestand getreten.

Ein Sparsamkeitsverlaß ist aus dem Eisenbahnministerium ergangen. Unter Hinweis auf den schwachen Verkehr sind die Dienststellen angewiesen worden, auf eine Einschränkung der laufenden Betriebskosten hinzuwirken. Auf den Güterbahnhöfen insbesondere sollte eine Verringerung der Ausgaben für Arbeitslöhne herbeigeführt werden, die natürlich nur durch Entlassung von Arbeitern ermöglicht werden könnte. Beim Eintreffen dieses Erlasses hatte der Güterverkehr aber auf zahlreichen Stationen infolge Einstellung der Binnen-schiffahrt eine bedeutende Steigerung erfahren, so daß sich sogar vielfach die Reueinstellung von Arbeitskräften als notwendig erwiesen hat.

In den deutschen Mängstatten sind im Monat November

für 6679260 Mk. Doppelkronen und für 407630 Mk. Kronen, beide sämtlich auf Privatrechnung, für 1555120 Mk. silberne Fünfmarkstücke, für 271750 Mk. Zweimarkstücke, für 2298747 Mk. Einmarkstücke, für 43747,50 Mk. Zehnpfennigstücke, für 112246,50 Mk. Fünfpfennigstücke und für 14999,50 Mk. Einpfennigstücke geprägt worden.

Deutscher Reichstag.

CPC. Berlin, 11. Dezember.

Der Reichstag hat am Donnerstag die Beratung des § 1 des Zolltarifgesetzes und damit die Beratung der Zolltarifvorlage selbst zu Ende geführt. Es lagen eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen zu § 1 vor; von sozialdemokratischer Seite waren noch im letzten Augenblick Massen-anträge eingelaufen, deren Verlesung durch die Schriftführer allein fünfviertel Stunden beanspruchte.

Abg. Basser mann (nl.) trat unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge für die unveränderte Annahme des Kompromißantrags Kardorff ein, der die einzige Möglichkeit biete, zu einem tatsächlichen Ergebnis zu gelangen. Im weiteren sprach Redner die Erwartung aus, daß die Regierung bei den künftigen Handelsverträgen die Interessen von Industrie und Landwirtschaft energisch wahren und insbesondere dafür sorgen werde, daß die Steuernpolitik durch Handelsverträge nicht verengt werde; auch auf die industriellen Hoffnungen müsse entsprechende Rücksicht genommen werden.

Reichskanzler Graf Bülow erklärte, der autonome Tarif solle nur die Grundlage für Handelsvertragsverhandlungen darstellen, und es sei daher für die Stellungnahme der Regierung nicht von entscheidender Bedeutung, wenn seine Sätze von der Kommission im einzelnen erhöht oder herabgesetzt seien. Wenn der Antrag Kardorff angenommen werde, so werde die Regierung jedenfalls die Herabsetzung der Industriezölle in wohlwollende Erwägung ziehen. Weiter seien die Verb. Regierungen seit beschlossen, auch beim Abschluß von Handelsverträgen der Landwirtschaft für ihre Produkte einen ausreichenden Zollschutz zu sichern und auch alle Maßnahmen aufrechtzuerhalten, die gegen die Einschleppung von Viehseuchen nötig seien.

In der Verhandlung über den Antrag Kardorff sprachen dann nur noch 4 Gegner des Antrags. Den Reigen eröffnete Abg. Bebel. Er wiederholte seine Proteste gegen die sog. Verwaltung der Minderheit, hielt der Regierung vor, daß sie sich trotz ihres früheren „Unannehmbar“ gebeugt habe, und verwahrte sich dagegen, daß die Obstruktion die Mehrheit und die Regierung auf den Weg des Antrags Kardorff gedrängt habe.

Abg. Müller (Weinigen) — fr. Sp. — behauptete, der Antrag sei gegen Treu und Glauben. Er beantragte, noch jetzt zu zahlreichen Positionen Änderungen des Tarifs vorzunehmen.

Abg. Gothein (fr. Bgg.) sprach noch einmal namens der freisinnigen Vereinigung gegen den Antrag. Er stellte seine Partei als die einzige bürgerliche Partei hin, die noch für den armen Mann eintrete.

Schließlich wandte sich noch Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antil.) gegen den Antrag v. Kardorff, da dieser mit dem Geiste der Geschäftsordnung vereinbar sei.

Abg. Dr. Spahn (Z.) beantragte nach dieser Rede Schluß der Verhandlung, was das Haus dann auch mit großer Mehrheit beschloß. Ohne weitere Zwischenfälle wurden dann die letzten Abstimmungen vorgenommen. Die Abänderungsanträge wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt; der Antrag Kardorff fand Annahme mit 184 gegen 136 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen. Nachdem hierauf noch mit demselben Stimmenverhältnis der § 1 im ganzen Annahme gefunden hatte, war die zweite Beratung der Zolltarifvorlage beendet. Die Beratung der Petitionen und Resolutionen wurde bis zur dritten Lesung zurückgestellt. Sonnabend: Dritte Beratung.

Ausland.

England ist ein gefährlicher Gegner los geworden. Der tolle Mullah im Somaliland ist, wie eine Nachricht aus Aden besagt, durch einen Lanzenstich in den Leib ermordet worden.

Griechenland. Das neue Kabinet beabsichtigt üblicher Weise, wie aus Athen eigens gemeldet wird, die Ausgaben in allen Verwaltungszweigen erheblich einzusparen.

Ägypten. Ein großes Kulturwerk, der große Nilstaudamm in der Nähe von Assuan, wurde am Mittwoch in feierlicher Weise eingeweiht. Das gesamte diplomatische Korps war anwesend; als Vertreter des deutschen Kaisers nahm Generalkonsul v. Müller teil.

Siam. Die Regierung lehnte bestimmt die Forderungen der ausländischen Banken, einer Entschädigung im Zusammenhang mit der Durchführung des neuen Währungsplanes stattzugeben, ab.